

Die 969-Bewegung spaltet sich auf

Im Vorfeld der 2015 anstehenden Präsidentschaftswahlen in Myanmar werden religiöse Spannungen aus politischen wie auch ökonomischen Motiven instrumentalisiert. Ohne die tatsächliche Herstellung von Rechtsstaatlichkeit können die Konflikte zwischen extremistischen Buddhisten und der muslimischen Minderheit nicht gelöst werden.

Während seiner Asienreise wies US-Präsident Barack Obama darauf hin, dass die muslimische Minderheit in Myanmar seit Jahrzehnten gering geschätzt und ihre Rechte nicht ausreichend geschützt werden. Seiner Ansicht nach hängt der Erfolg politischer Reformen maßgeblich auch von einer Abkehr der Unterdrückung dieser Bevölkerungsgruppe ab. Ohn Maug, selbst Muslim und Mitglied des *Peace Cultivation Network*, pflichtet ihm bei: »Die burmesische Gesellschaft missversteht die muslimischen Bevölkerungsgruppen als Folge der Hasspropaganda gegen diese, zumal sie auch noch eine Minderheit im Land darstellen.«

Sai Tun Lin, Vertreter der *All Shan Ethnic Organization Front*, präzisiert: »Vor allem die 969-Bewegung wird von manchen Politikern als politische Waffe genutzt. Auf diese Weise erhoffen sie sich einen Stimmenzuwachs bei den Wahlen 2015 und eine Verschiebung des Augenmerks der Bevölkerung auf die Anti-Muslim-Kampagnen. Zuvor drehte sich die öffentliche Diskussion viel mehr um chinesische Investitionsprojekte und die Frage, ob diese gut oder schlecht für das Land und die Menschen seien oder nicht. Wir konnten eine ganze Reihe von Demonstrationen gegen chinesische Investitionsprojekte beobachten. Allmählich jedoch sehen wir mehr und mehr anti-muslimische Aktionen.« Dabei scheint in Vergessenheit zu geraten, dass solche Aktionen Feindschaften zwischen der buddhistischen und der muslimischen Gemeinschaft säen und die Gesellschaft spalten. Auf seiner Facebook-Seite gibt der ehrwürdige Mönch Wirathu – einer der Anführer der burmesischen Anti-Muslim-Bewegung – beispielsweise an, dass 500.000 burmesische Mönche ihn bei seinem Vorhaben unterstützen, Ehen zwischen Muslimen und Buddhisten per Gesetz zu verbieten. Bisher konnte er bereits fünf Millionen Unterschriften zusammentragen, um auf ein solches Gesetz hinzuwirken.

Der Buddhist Khin Maung Tun äußert sich demgegenüber kritisch: »Ich war überrascht, dass wir so lange ohne jeglichen Konflikt mit den muslimischen Gemeinden zusammengelebt haben. Seit 2012 beobachten wir, dass sich Konflikte zwischen Buddhisten und Muslimen in Myanmar von einem Ort zum nächsten ausbreiten. Es gibt immer mehr Hasspredigten gegen Muslime. Wir möchten keine

solchen Konflikte sehen.« 2012 wurden im Zuge zweier Ausschreitungen im Rakhine-Staat mindestens 192 Menschen getötet und 14.000 vertrieben, die meisten von ihnen waren Muslime. Im März 2013 starben in Meikhtila, einer Stadt im Zentrum Myanmars, mindestens 44 Menschen und 13.000 wurden fortgejagt. Opfer der Unruhen waren auch hier größtenteils Muslime. Schließlich steckten buddhistische Mobs im Mai 2013 muslimische Viertel der nördlich gelegenen Stadt Lasio in Brand und terrorisierten die Bevölkerung.

Der Muslim Wai Hin stellt zudem einen Wandel der hinter den anti-muslimischen Kampagnen stehenden Motive fest: »Zuerst wurden Muslime aus politischen Gründen attackiert. Mittlerweile stehen wirtschaftliche Motive im Vordergrund, denn einige Aktivisten rufen dazu auf, muslimische Läden zu boykottieren. Allmählich versuchen Buddhisten, traditionell von Muslimen geführte Geschäfte wie beispielsweise den Handel mit Rindfleisch zu übernehmen. Muslimische Eigentümer sind weiterhin dazu bereit, Land oder Wohnungen an Buddhisten zu verkaufen oder zu vermieten, umgekehrt verweigern sich buddhistische Eigentümer häufig.«

Der Vertreter der *All Shan Ethnic Organization Front*, Sai Tun Lin, vermutet eine Verstrickung der Regierung bei einigen Fällen, denn seinen Angaben zufolge wurde nach den gewaltsamen Vorfällen kaum oder gar nicht ermittelt. Bis heute wurde keiner der Unruhestifter im Rakhine-Staat festgenommen, was den Konflikt noch weiter verschärft. Sai Tun Lin spricht von schwacher Rechtsstaatlichkeit und Verantwortlichkeit im ganzen Land, vor allem aber im Rakhine-Staat. Die Aktivisten der 969-Bewegung seien hingegen gut ausgebildet und organisiert. »Aus diesem Grund können sie den Konflikt ungestraft systematisch eskalieren lassen. Alle Konflikte, sei es im Rakhine-Staat, in Lashio im Shan-Staat oder in Meikhtila weisen dasselbe Muster auf«, sagt Sai Tun Lin. Es gibt keine eindeutigen Beweise dafür, doch Dorfbewohner berichten, dass unbekannte Personen vor den Unruhen in ihren Dörfern erschienen und gleich darauf wieder verschwunden wären.

»Der Konflikt in Myanmar muss beendet werden, denn er entzweit die Gesellschaft. Es handelt sich hierbei zunächst um eine vorrangig innerstaatliche Angelegenheit, dem stimmen wir zu. Diese wird allerdings zunehmend zu einer internationalen Angelegenheit, weil die Regierung sie nicht mehr kontrollieren und nicht gegen die Hassprediger vorgehen kann«, meint der ehrwürdige Mönch Ashin Kumara aus Rangun. Er fügt hinzu: »Die Regierung ist allerdings sehr empfänglich für internationale Kritik.«

von
Myo Myo
Myat Tun
(übersetzt
von Christine
Schuster)

Myo Myo Myat Tun ist freie Journalistin und berichtet seit nahezu neun Jahren für verschiedene Zeitungen aus Myanmar.

Die Übersetzerin ist studierte Politikwissenschaftlerin und Mitglied der Arbeitsgruppe Burma im Asienhaus.